



Europäische Kommission

Brüssel, 22. Juni 2012

Erklärung von László Andor, Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration, an die Teilnehmer der Konferenz „Sozialer Keil – sozialer Kitt: Die Vermittlerrolle der Bürgermedien in Europa“, 25.-26. Juni 2012 in Kassel

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedauere, nicht in der Lage zu sein, an Ihrer Konferenz „Sozialer Keil – sozialer Kitt“ teilnehmen zu können und Ihnen das Thema integratives Wachstum der Europa-2020-Strategie vorstellen zu können.

Diese schriftlichen Ausführungen werden deshalb meine (persönliche) Vermittlung ersetzen.

Europa hat in den letzten fünf Jahren eine Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt. Anomalien des Finanzsektors verursachten die schwerste Rezession der Nachkriegszeit in Europa und führten auch zu einer staatlichen Schuldenkrise.

All dies hat Auswirkungen auf das körperliche und geistige Wohlbefinden von Individuen und Familien, auf Kinder und alte Menschen und auf die Gesellschaft als Ganzes.

Die Zahlen der Europäischen Union sprechen für sich. Rund 24,7 Millionen sind in der gesamten EU ohne Arbeit – fast zwei Millionen mehr als vor einem Jahr.

Die Raten für arbeitslose Jugendliche – unter 25 – sind noch beunruhigender. Im April dieses Jahres lagen sie gemittelt über 22%, sowohl für die EU als auch für die Eurozone, sie bewegen sich von 7,9% in Deutschland über 51,5% in Spanien und 52,7% in Griechenland.

Inzwischen ist fast ein Viertel aller Menschen in der EU von Armut oder von sozialer Ausgrenzung bedroht – obwohl es eine große Vielfalt in der gesamten Union gibt. In den Mitgliedsstaaten und Regionen mit stärkerer Randlage sind die sozialen Folgen der Krise besonders ausgeprägt.

Es ist deswegen kaum verwunderlich, dass acht von zehn Befragten in einer *Eurobarometer*-Umfrage im Dezember letzten Jahres angegeben haben, dass die Armut in den letzten 12 Monaten deutlich zugenommen hat. Und mehr als jeder Dritte erwartet, dass sich die Situation ihrer Haushalte in den nächsten 12 Monaten verschlechtern wird.

Verschuldung, Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung führen zu Empfindungen von Ungerechtigkeit und zur Gefahr wachsender sozialer Spannungen, die oft ihren Ausdruck in der Zustimmung zu extremen Parteien finden. Deshalb darf eine stabile und systematische Lösung für die Finanzkrise nicht weiter verzögert werden. Die EU muss den Weg finden, um das Wachstumspotenzial aller ihrer Mitgliedsstaaten und Regionen wiederherzustellen.

Es ist auch mehr als je zuvor nötig, die sozialen Folgen der Krise anzugehen und integratives Wachstum mit weniger Ungleichheiten, stark verankert in Anti-Diskriminierung und Solidarität, zu fördern.

Dies bedeutet, dass die Entscheidungsträger auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um die Ziele zu erreichen, die die EU sich gesetzt hat: Bis 2020 eine Steigerung der Beschäftigungsquote auf 75% und die Verringerung der Zahl der von Armut bedrohten um 20 Millionen.

Die Zeichen gehen in die Richtung, dass einige Mitgliedsstaaten das Setzen und das Erreichen hoher Ziele verfehlen. Wie die Dinge stehen, zeigen die aktuellen Zusagen: Sowohl die Beschäftigungs- als auch Armutsbekämpfung werden ihre Ziele verfehlen.

Am 30. Mai 2012 veröffentlichte die Kommission ihren Entwurf länderspezifischer Empfehlungen im Rahmen des Europa-2020-Prozesses. Ich lade Sie nachdrücklich dazu ein, dass Sie diejenigen einbeziehen, die sich mit der Öffentlichkeit befassen, die Ihr Medium abdeckt¹. Die Empfehlungen konzentrieren sich insbesondere auf die Erwerbstätigkeit unter jungen Menschen, ihre Fähigkeiten, die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, das Berufsleben zu verlängern.

¹ http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm

Hinzu kommt, dass die Verringerung der Armut, sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit nach einer umfassenden Strategie verlangt, um sicherzustellen, dass eine angemessene Unterstützung bezüglich des Einkommens vorhanden ist, der Arbeitsmarkt integrativ ist und Menschen Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen haben – die wichtigsten sind hier die Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und das Wohnen. Ein besonderes Augenmerk wird zudem auf die Verhältnismäßigkeit und Nachhaltigkeit unserer Rentensysteme gelegt.

Wir müssen einen weitergehenden gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen, in dem jeder in der Lage ist, umfassend zum Wohlstand beizutragen und von ihm zu profitieren, um die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu unterstützen und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Aber dies ist auch eine solide finanzielle Investition: Das Angehen sozialer Probleme verringert jetzt die zu zahlende Rechnung für gesellschaftliche Funktionsmängel, die unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften sonst zu einem späteren Zeitpunkt zu zahlen hätten.

Mehr denn je wird eine entscheidende Rolle von den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Bürgermedien gespielt, die ein Sprachrohr für die Anliegen der Schwächsten sind und sie unterstützen in ihrem Kampf für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Ohne sie gäbe es mehr unentdeckte Ungerechtigkeit, mehr versteckte Diskriminierung und mehr Ignoranz von Ungleichheiten.

Es ist unsere Aufgabe als Politiker aller Ebenen, den Anliegen Ihrer jeweiligen Zielgruppen Gehör zu schenken, um den Erwartungen unserer Mitbürger gerecht zu werden. Bürgermedien spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen der Politik und den Bürgern, indem sie eine sorgfältige und ausgewogene Berichterstattung gewähren.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung.

László Andor

Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration